



Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

45. Sitzung (öffentlich)

18. März 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Aktuelle Viertelstunde

1

Stand der Umsetzung der EU-Agrarpolitik

An den Bericht des Staatssekretärs Dr. Griese (Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) schließt sich eine Aussprache an.

Aktuelle Viertelstunde

13

Sachstandsbericht zum Thema Tierversuchslabor Covance in Münster

StS Dr. Griese (MUNLV) erstattet den Bericht. Es folgt eine kontroverse Diskussion.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag gemäß § 86 der Geschäftsordnung der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, mit dem das Verhalten der Ministerin Höhn im Umgang mit dem Tierversuchslabor Covance in der Stadt Münster verurteilt werden soll, mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ab.

1 Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes 23
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4862

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/4862 einstimmig zu.

2 Gesetz zur Änderung des Landestierkörperbeseitigungsgesetzes 25
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4503

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/4503 einstimmig zu.

3 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 28
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4559

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 13/4559 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

4 Sicherstellung des Kostendeckungsprinzips bei der Erhebung von Gebühren bei Fleischhygienemaßnahmen 28

- Aussprache.

- 5 **NRW braucht Tempo; FFH heißt auch: Freie Fahrt auf Hauptwasserstraßen. Für den Fall einer geplanten FFH-Ausweisung am Rhein und im Rhein den umweltfreundlichen Transportweg "Wasserstraße Rhein" sichern** 30

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4444

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 13/4444 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ab.

- 6 **Grundlage für den Einsatz von Markerimpfstoffen schaffen** 33

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3946

Und

Schweinepest in NRW künftig auch durch Markerimpfstoffe wirksam bekämpfen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4885

Vorlage 13/2666

Der Ausschuss beschließt, dass die Sprecher versuchen sollten, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

- 7 **Bio-Konsens NRW** 37

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3952 - Neudruck

Und

**Nanotechnologie ist Zukunftstechnologie zur Industriellenerneuerung
in NRW - Nanotechnologiewettbewerb NRW starten** 38Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3953**8 Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Chemie darf nicht gefährdet werden -
Erhebliche Nachbesserungen an neuer Chemikalien-Verordnung un-
abdingbar!** 38Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5003

Die Beratung über die Tagesordnungspunkte 7 und 8 wird verschoben.

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
45. Sitzung (öffentlich)

18.03.2004

sd-hoe

Vorsitzende Marie-Luise Fasse merkt an, Aktuelle Viertelstunden stünden nie auf der Einladung. Die Fraktionen würden unterrichtet. Das Ministerium sei informiert worden. Die Verteilung innerhalb des Hauses habe anscheinend nicht richtig funktioniert.

Hans-Willi Körfges (SPD) hält fest, die SPD-Fraktion sei nicht über die Durchführung der Aktuellen Viertelstunde informiert worden. So habe keine Möglichkeit bestanden, sich auf diesen Punkt genauer vorzubereiten, was doch parlamentarisch üblich sei. Bei Aktuellen Viertelstunden zu Beschlüssen zu kommen, halte er für merkwürdig.

Felix Becker (FDP) merkt an, dass zu Beginn der Sitzung die Tagesordnung doch akzeptiert worden sei.

Ganz ohne Kenntnis scheine die SPD-Fraktion ja nicht gewesen zu sein, meint **Reinhold Sendker (CDU)**. Frau Schmid habe doch aus einem Schriftsatz der Staatsanwaltschaft zitiert.

In vielen Punkten sei man eben noch einer Meinung gewesen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz lehnt** den von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vorgeschlagenen **Entschließungsantrag** gemäß § 86 der Geschäftsordnung mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **ab**.

1 Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4862

Vorsitzende Marie-Luise Fasse teilt mit, der Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung am 29. Januar an den Landwirtschaftsausschuss überwiesen worden. Änderungsanträge lägen bisher nicht vor. Sie verweise auch auf das Schreiben des Hochsauerlandkreises vom 17. März - vgl. Zuschrift 13/3821.

Reiner Priggen (GRÜNE) erinnert an den Konsens zwischen den Fraktionen.

Zu dem Anliegen des Hochsauerlandkreises habe er den Fraktionssprechern einen Auszug aus der Kreistagssitzung und der Beschlussfassung gegeben. Es wäre gut, wenn es konsensual möglich sei, eine neue Fassung des § 4 Abs. 2 Ziff. 10 Landschaftsgesetz im Plenum zu beschließen. Er schlage vor, dass sich die Sprecher untereinander abstimmen.

Felix Becker (FDP) schließt sich dem Verfahrensvorschlag von Herrn Priggen an. Er frage allerdings, weshalb das Anliegen des Hochsauerlandkreises nicht rechtzeitig mit

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
45. Sitzung (öffentlich)

18.03.2004

sd-hoe

in den Gesetzentwurf aufgenommen worden sei. Offensichtlich habe das Ministerium sich nicht mit der Sache befasst.

Der Hochsauerlandkreis habe darum gebeten, im Rahmen der Novelle des Landschaftsgesetzes diese Änderung aufzunehmen, stellt **Reiner Priggen (GRÜNE)** klar. Das Landschaftsgesetz werde geändert. Es bestehe die Möglichkeit, den Punkt in Zusammenhang mit der Zoo-Passage, die unstrittig sei, aufzuführen.

Clemens Pick (CDU) hält fest, die CDU-Fraktion sei mit dem Verfahren einverstanden, zumal sich Herr Priggen im Hochsauerlandkreis am 9.7. letzten Jahres für diese Regelung eingesetzt habe. Er denke, dass der Vorschlag des Hochsauerlandkreises mit ins Landschaftsgesetz aufgenommen werden sollte, zumal man sich inhaltlich einig sei.

Dr. Georg Scholz (SPD) erklärt, die SPD-Fraktion sei mit diesem Verfahren einverstanden.

Irmgard Schmid (SPD) bittet, die Problematik FFH am Rhein und Auswirkungen auf die Schifffahrt in das Landschaftsgesetz mit aufzunehmen.

StS Dr. Griese (MUNLV) merkt an, im Kabinett sei überlegt worden, im Landschaftsgesetz festzulegen, dass die Vertiefungen in der Fahrrinne normalerweise kein Eingriff seien. Er sage das mit allem Vorbehalt. Er wolle dem aber nachgehen.

Nach Aussage der **Irmgard Schmid (SPD)** handelt es sich um eine Kleinigkeit, die im Kabinett abgestimmt sei, die aber mit behandelt werden sollte. Da man noch nicht wisse, wann das Landschaftsgesetz verabschiedet werde, bestehe noch Zeit, das mit aufzunehmen.

Hinsichtlich der Änderungen der Negativliste in § 4 Abs. 3 Landschaftsgesetz sollte es heißen:

"Nicht als Eingriff gelten notwendige Unterhaltungsmaßnahmen der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen sowie Ausbaumaßnahmen zur Vermeidung der Solenvertiefung zur Haltung eines gleichwertigen Wasserstandes für die Rheinschifffahrt."

Das liege im allgemeinen Interesse und sei im Kabinett abgestimmt. Damit hätte man dem Hochsauerland, der Forstwirtschaft und dem Anliegen der Industrie- und Handelskammern gedient. Sie frage, ob die Kollegen der CDU damit einverstanden seien, dass in diesem Zusammenhang mit zu regeln.

Vorsitzende Marie-Luise Fasse erwidert, in der anstehenden Plenardebatte sollte das alles mit eingebracht werden. In der Thematik seien alle Fraktionen der gleichen Auffassung. Das sei in den anderen Fachausschüssen, im Verkehrsausschuss, im kommunalpolitischen Ausschuss und einigen anderen Ausschüssen thematisiert worden.

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
45. Sitzung (öffentlich)

18.03.2004

sd-hoe

Reiner Priggen (GRÜNE) wiederholt, wenn es möglich sei, sollte das in der nächsten Woche ins Plenum eingebracht werden. Dann hätten alle die Chance, das noch einmal zu reflektieren.

Auf eine Bemerkung des **Clemens Pick (CDU)** erwidert Vorsitzende Marie-Luise Fasse, eventuell könnte man im Plenum noch eine kurze Debatte führen. Das sollte kein Problem sein, zumal die Durchführung einer Sondersitzung zeitlich nicht machbar sei.

Felix Becker (FDP) bittet das Ministerium zu erläutern, ob sich das Landschaftsgesetz überhaupt mit allgemeinen Regelungen nach FFH befassen könne.

Staatssekretär Dr. Griese (MUNLV) sagt zu, diese Frage zu prüfen.

Eckhard Uhlenberg (CDU) hält eine Sondersitzung für notwendig, damit eine gemeinsame Empfehlung mit Blick auf den Gesetzentwurf formuliert werden könne.

Regierungsrat Thomas Wilhelm (Landtagsverwaltung) merkt an, die Änderung des Gesetzentwurfes stehe auf der Tagesordnung. Der Ausschuss müsse eine Beschlussempfehlung vorlegen.

Jetzt sollte der Ausschuss über den vorliegenden Gesetzentwurf abstimmen. Wenn noch weitere Änderungsanträge notwendig seien, müssten sie im Plenum gestellt werden.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 13/4862** einstimmig zu.

2 Gesetz zur Änderung des Landestierkörperbeseitigungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4503

Vorsitzende Marie-Luise Fasse merkt an, der Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung am 13. November 2003 an den Landwirtschaftsausschuss - federführend - und an den Ausschuss für Kommunalpolitik zur Mitberatung überwiesen worden. Der Ausschuss für Kommunalpolitik habe den Gesetzentwurf unverändert am 4. Februar einstimmig angenommen. Bisher lägen keine Änderungsanträge vor.

Eckhard Uhlenberg (CDU) legt dar, in dem Gesetzentwurf werde eine Veränderung vorgenommen. Früher sei es so gewesen, dass auch für gefallene Tiere Beträge ausbezahlt worden seien. Dann habe es keine mehr gegeben. In Zukunft müssten sich die Landwirte an der Tierkörperbeseitigung beteiligen.